



AUSSENSICHT

Kerem Öktem, Professor an der Karl-Franzens-Universität Graz, über die Türkei nach dem Volksentscheid KK

Ein weiterer Schritt in Richtung Diktatur?

Am Sonntag schritten 50 Millionen Menschen in der Türkei und im Ausland an die Wahlurnen, um über die politische Zukunft des Landes zu entscheiden. Die Verfassungsänderung sah die Einführung eines Präsidentsystems und somit die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie vor. Knapp über 51 Prozent haben sich für die Verfassungsänderung ausgesprochen.

Wenn es um komplexe Fragestellungen geht, bringen Volksentscheide selten sinnvolle Ergebnisse. Im türkischen Fall kommt hinzu, dass die Wahlkampagne unter extrem ungleichen Bedingungen stattfand. Die Opposition und das Nein-Lager konnten sich kaum vermitteln. Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 befindet sich das Land im Ausnahmezustand. Der Rechtsstaat ist suspendiert und die Medien stehen weitgehend unter staatlicher Kontrolle. In den kurdischen

„Die demokratische Tradition und die Hinwendung zu Europa sind tiefer verwurzelt, als viele es wahrhaben wollen.“

Provinzen sind nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und den Kämpfern der PKK ganze Städte zerstört. Beachtenswert ist aber, dass trotz der Fälle von Wahlbetrug besonders in den kurdischen Provinzen und trotz der überdurchschnittlich pro-AKP gerichteten europäischen Auslandsstimmen nur eine knappe Mehrheit für die Verfassungsreform zustande kam. Alle größeren Städte haben mehrheitlich dagegen gestimmt. Erdoğan versucht nun mit dem Zuspruch vor allem der ländlichen Gebiete und den Stimmen der Auslandstürken, das Land in ein islamisch verbrämtes Präsidentsystem zu führen. Ein Zivilisationsverlust, dessen Wirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

Ob ein so umstrittenes Ergebnis für so einen radikalen Umbruch reicht, sei dahingestellt. Zu einer Überwindung der politisch-ökonomischen Krise des Landes oder gar einer Entspannung der Beziehungen mit der EU wird es sicherlich nicht beitragen. Die Türkei ist einen Schritt weiter in Richtung Diktatur gegangen. Mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten hat sich aber dagegengestellt. Die demokratische Tradition und die Hinwendung zu Europa sind tiefer verwurzelt, als viele es wahrhaben wollen.

Kerem Öktem ist Professor am Zentrum für Südosteuropastudien der Uni Graz mit Schwerpunkt Türkei

PISMESTROVIC



Muskelspiele

KARIKATUR: PETAR PISMESTROVIC



Die Muffel-Diskriminierung

Ein Skandal, oft brutal ignoriert. Immer häufiger müssen Tiere durch Wortverleumdungen ihren Namen für menschliche Übel, Untugenden oder Schwurbeleben aller Art spendieren. Am härtesten trifft es die Muffel. Die niedlichen Wildschafe, gut im Horn stehend, sind quasi zu einem Fluch der Neuzeit geworden. Schier endlos ist die Reihe sonderbarer zweibeiniger Artgenossen. Die Muffel-Orgie begann mit den Morgen- und Krawattenmuffeln, flugs folgten Frühstücks-, Tanz-,

Wasch- und Bewegungsmuffel. Praktisch täglich, da sind wir der Tierwelt weit voraus, entsteht eine neue Muffelart. Aktuell sind es, laut Aussendung, die Reifenwechsellmuffel. Das betrübt uns, zumal die vierbeinigen Originale ja über gummifreien Allhuf-Antrieb verfügen. Zu stoppen ist die Diskriminierung wohl nicht mehr. Bleibt als Trost nur der Gedanke an Installateure, die sich als Muffen-Muffel erweisen und zumindest sprachlich eine gute Figur machen würden. **Werner Krause**

LICHTBLICK

Weg vom Luxus, hin zur Realität

Erwartete 130.000 Besucher aus dem Ausland, geschätzte 18 Millionen Euro an Einnahmen: Die internationale Bau-Ausstellung (IBA), bis 2022 in Wien angesiedelt, soll eine große Sache werden. Umso erfreulicher ist, dass diesmal keine Prestige-Objekte, sondern der geförderte Wohnbau im Mittelpunkt stehen wird. Das gab Wohnbaustadtrat Michael Ludwig gestern bekannt.



Bei der IBA wird im realen Raum, also anhand von Neubauten und sanierten Gebieten gezeigt, wie der soziale Wohnbau aussehen könnte.

Die Bevölkerung kann mitreden, Unis und Schulen werden eingebunden. Ein Großprojekt, das buchstäblich Schule machen wird und soll. Denn viele abgewohnte Teile von Wien und vor allem deren Bewohner brauchen dringend Hilfe. **Daniele Marcher**